

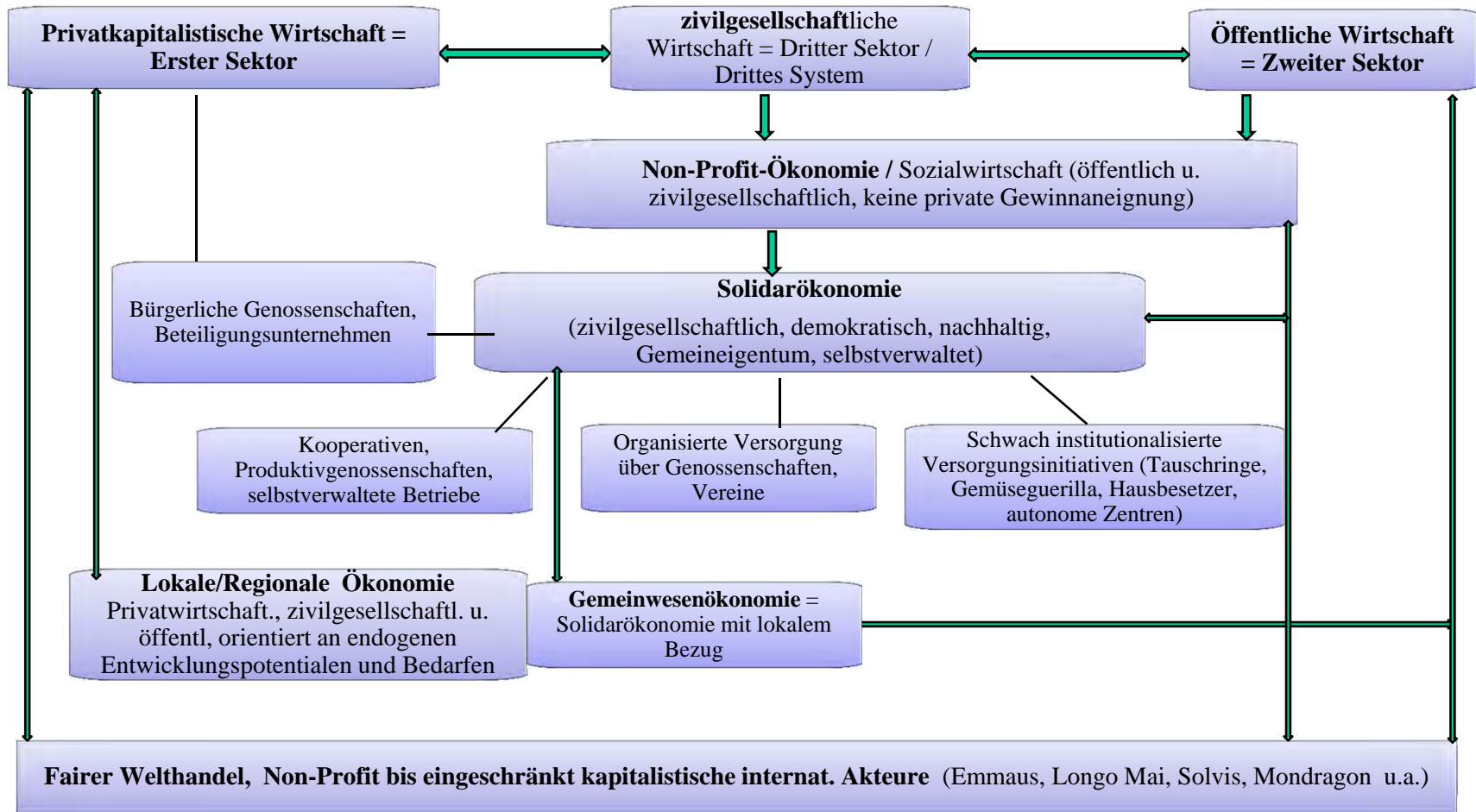


Solidarökonomie

- Definition Solidarökonomie u. Kriterien
- Definition Genossenschaften
- Mitgliederzahlen in Deutschland
- ökonomische Voraussetzungen
- Leistungen und Kriterien der Nachhaltigkeit
- politische Förderung
- Bewegungsfaktor
- Erkenntnisse u. Perspektiven
- Beispiel: regionalisierte Wirtschaftskreisläufe von unten



Definition Solidarökonomie und Begriffsabgrenzung

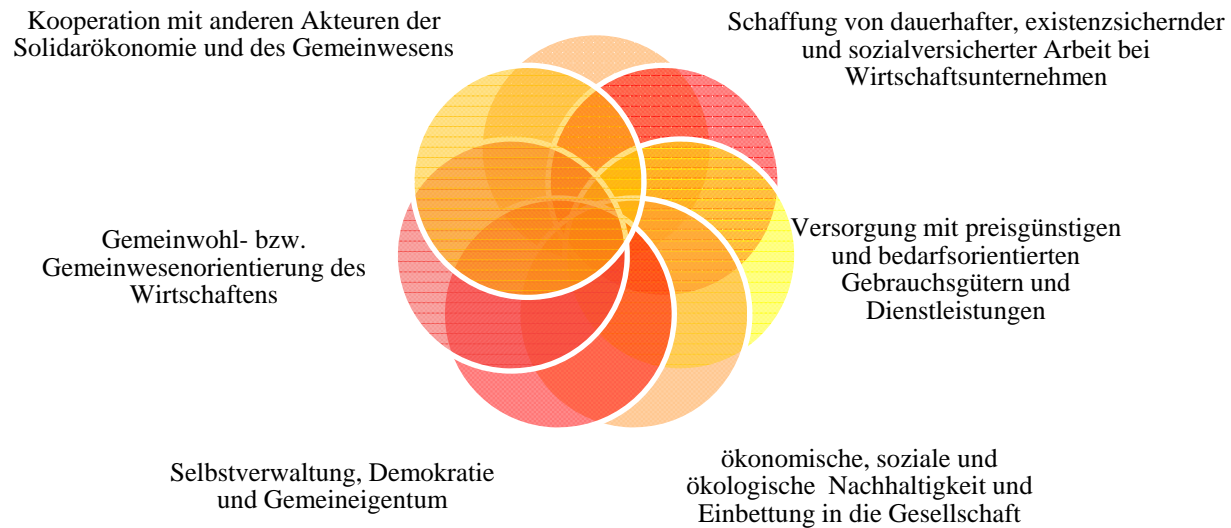




Kriterien der Solidar- und Gemeinwesenökonomie



Solidar- und Gemeinwesenökonomie = wirtschaftlicher Kern des sozialen Zusammenlebens und Basis nachhaltiger Entwicklung „Die Grundsätze und Organisationsprinzipien der Gemeinwirtschaft, die Unterordnung des Kapitals unter die sozialen und ökologischen Entwicklungsbelange sind handlungsleitend für Gemeinwesenökonomien.“
Es geht um gesellschaftliche Wiedereinbettung des Wirtschaftens, „die sich am Bedarf und an den Potentialen der Menschen und an der Erhaltung der Lebenszusammenhänge in den Gemeinwesen orientiert“. (Susanne Elsen)





Genossenschaften

**Freie, unabhängige
Assoziationen**, eingetragen im
Genossenschaftsregister

Verbindung von
Gemeineigentum
(commons, das allen frei
zugängliche allgemeine
Eigentum aller)
und darauf gegründeten
**egalitären Nutzungsrechten
und Leistungen.**

Kapitalgesellschaft,
(Bilanzprüfung durch
Prüfverband)

Demokratieprinzip

Demokratische
Entscheidungsstruktu-
ren u. demokratisch
gewählte Gremien bei
gleichem Stimmrecht
unabhängig von der
Kapitaleinlage

Identitätsprinzip

(idealtypisch) interne
Aufhebung des
Widerspruchs zwischen
Kapital und Arbeit,
Mieter u. Vermieter,
Produzent u.
Konsument

Förderprinzip:

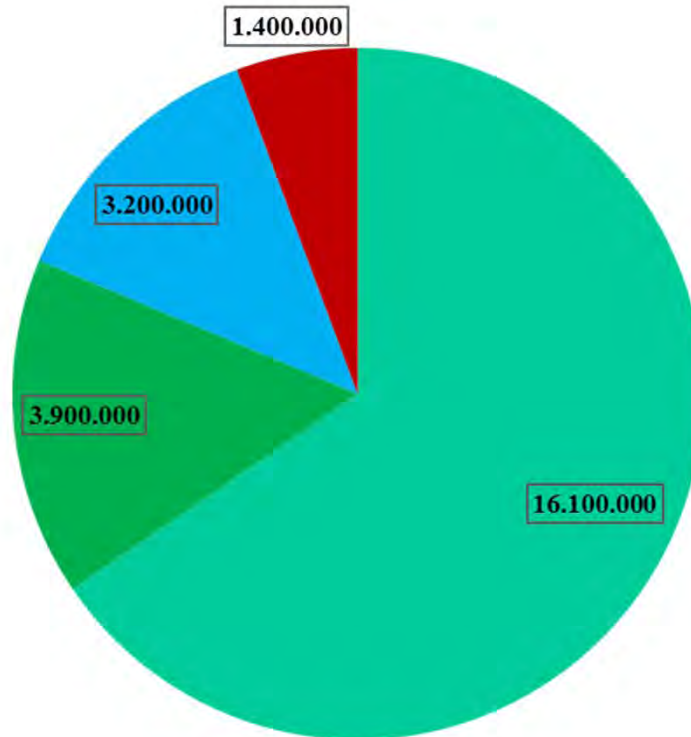
Bedürfnisbefriedigung
der Mitglieder steht im
Vordergrund, nicht die
Kapitalrendite oder der
Profit

Solidaritätsprinzip:

Gegenseitige Hilfe-
leistung, Kooperation
u. Förderung schwä-
cherer Mitglieder,
interne (u. externe)
Gemeinwohl-
orientierung



Mitgliederzahlen in Deutschland



■ DGRV - Genossenschaftsbanken = 16,1 Mio. Mitglieder

■ DGRV - berufsverbandliche-, Produktiv-, Agrar-, Konsum-, Energiegenossenschaften u.a. = 3,9 Mio. Mitglieder

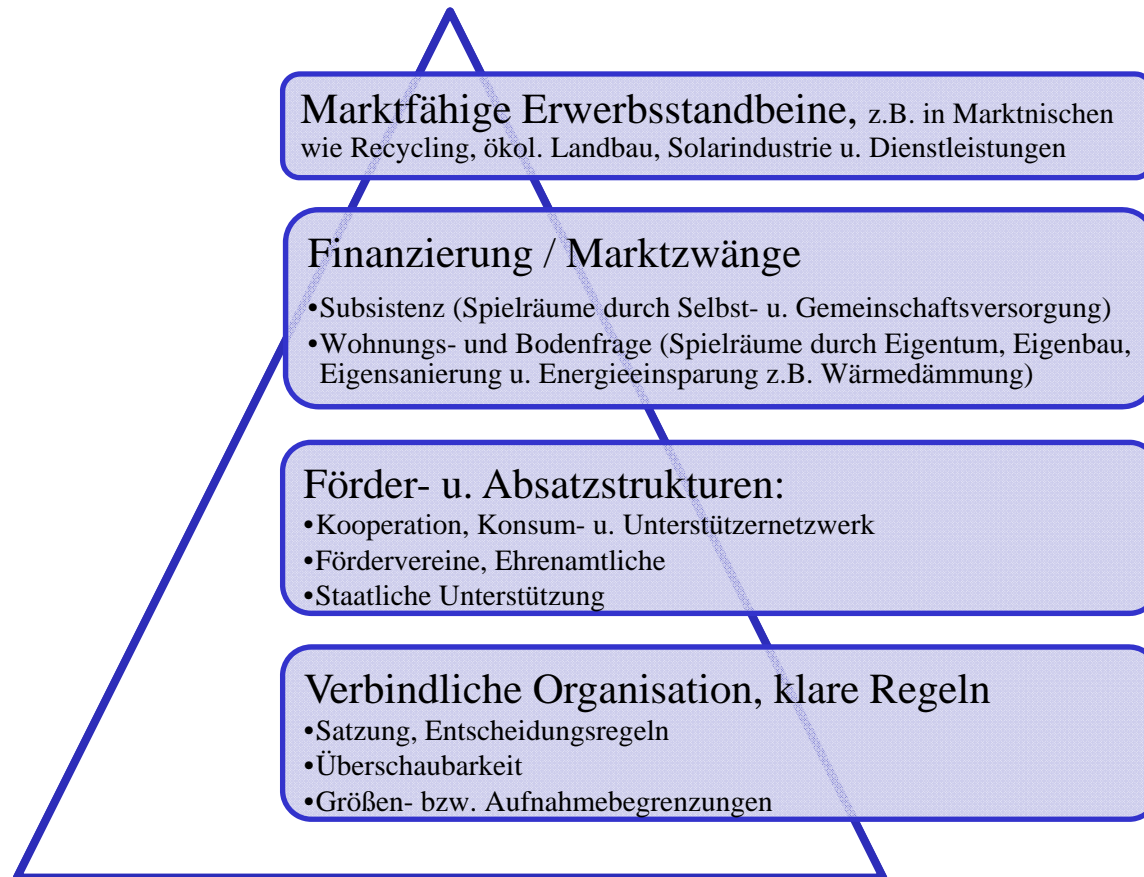
■ Wohnungsgenossenschaften = 10 % aller Mietwohnungen = 3,2 Mio. Mitglieder

■ sonst. Alternativökonomie in Vereinsform oder z.B. GmbH (Kleingartenvereine ca. 1.200.000 Mitglieder, Tauschringe ca. 150.000 Mitglieder, dazu kommen Landkommunen, Sparvereine, Regionalwährungs-Projekte, Miethäusersyndikat, autonome Zentren u.a.)



Ökonomische Voraussetzungen für Produktivgenossenschaften

Das Oppenheimersche Transformationsgesetz („Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein,“) und seine Ausnahmen:





Ökonomische Nachhaltigkeit von und durch Produktivgenossenschaften

Tragfähige Erwerbsstandbeine am Ersten Arbeitsmarkt (evtl. zusätzlich Regelfinanzierung bei Übernahme öffentlicher Aufgaben)

Minimierung der Kosten (Betriebs- und Lebenshaltungskosten), damit sich Projekte und Betriebe Marktzwängen zum Teil entziehen können;

- durch niedrigste Mieten bzw. Pacht für Grundstücke sowie Wohn- und Betriebsgebäude,
- Steuerliche Vergünstigungen, ggf. Steuererlasse bei dauerhaften sozialen Leistungen
- Nutzung von Recyclinggütern zur kostenlosen Selbstversorgung und ggf. für gewerbliche Zwecke,
- Kooperation und Vernetzung

Risikoarme Existenz- bzw. Projektgründungen sollen gewährleistet werden durch:

- möglichst niedrigen Kapitaleinsatz,
- Eigenarbeit ("Muskelhypothek") statt Eigenkapital (z.B. als Eigenanteil für Baufinanzierungen von Wohn- und Betriebsräumen),
- diverse Förderinstrumente zur Anschubfinanzierung von Selbsthilfeprojekten, Sozialgenossenschaften u. sozialen Wirtschaftsunternehmen

Subventionen (über Mietpreis, niedrige Steuersätze u.a.) werden nicht zu Preisdumping gegenüber anderen Marktteilnehmern verwendet

Innovationen durch Nischenproduktion von Gütern und Dienstleistungen

Unter günstigen Bedingungen (Italien) existieren über 2 Drittel der Produktivgenossenschaften länger als 3 Jahre, davon 50 % schuldenfrei und dauerhaft



soziale Nachhaltigkeit / keine Externalisierung sozialer Kosten

Existenzsichernde Beschäftigung (dauerhaft u. sozialversichert) bei Produktivgenossenschaften

Kostenentlastung und Eigenversorgung bei Konsumgenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, Energie- und Wassergenossenschaften, Gartenvereinen, Tauschringen u.a.

Gleichberechtigte Teilhabe aller und demokratische Selbstverwaltung

Gemeineigentum an Immobilien, Produktionsmitteln und Gemeinschaftsgütern

Arbeiten und Wirtschaften mit sozialer Verantwortung, Praxis und Zielsetzung

- Integration und Stärkung gesellschaftlich ausgegrenzter Menschen
- Integration sozialer/politischer Aufgaben in den Betriebsalltag (z.B. Kinderbetreuung, Sozialberatung) in Kombination mit Verkürzung der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit
- Gleichbewertung u. -verteilung aller Arbeiten, Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung
- Produktion v. gesellschaftlich nützlichen Gütern u. Dienstleistungen, Berücksichtigung der preisgünstigen Versorgung benachteiligter Bevölkerung



ökologische Nachhaltigkeit, keine Externalisierung ökologischer Kosten

sparsamer und effektiver Umgang mit Ressourcen	Müllvermeidung, Recycling als Erwerbsstandbein u. zur Selbstversorgung in den verschiedensten Feldern, .z.B.: Baurecycling, Recycling von Weiß- bzw. Elektrogeräten, Second-Hand-Handel, Reparaturdienste etc.
Einsatz regenerativer Energien	zum Zwecke nachhaltiger Selbstversorgung
ökologisches Bauen und Energieeinsparung	(z.B. Lehmbauweisen, die gleichzeitig auch für niedrigqualifizierte Arbeiten geeignet sind, aber auch z.B. Wärmedämmung u.a.)
Herstellung ökologischer und ökologisch unbedenklicher Produkte	<ul style="list-style-type: none">•z.B. ökologischer Landbau, Recycling,•im Handwerk, Kleingewerbe und im Bereich Dienstleistungen,•Entwicklung ökologischer Marktnischen
Einschränkung des motorisierten Verkehrs	<ul style="list-style-type: none">•durch die Verbindung von Wohnen und Arbeiten•teilweise gemeinsame Nutzung von Betriebsfahrzeugen bzw. gemeinschaftlicher Fuhrpark
verstärkte Orientierung am lokalen Markt	Förderung lokaler Austauschsysteme und Stoffkreisläufe und hierdurch Verringerung von Transportwegen



Politische Förderung der Solidarökonomie als Querschnittsaufgabe

Flächen- und Immobilienvergabe

Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Wohn- und Betriebsimmobilien zu maximal 20 % des ortsüblichen Mietspiegels, Initiativen der Stadtentwicklung

Öffentliche Auftragsvergabe unter sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien

Arbeitsverwaltungen

müssen den Aufbau von Kooperativen anerkennen und fördern (z.B. Marcora Gesetz in Italien und pago unico in Spanien, wo Mittel der Arbeitsförderung als Grundkapital z.B. bei Betriebsübernahmen an Beschäftigte gezahlt werden).

Wirtschaftsförderung u. Strukturpolitik

- bei Betriebsübernahmen durch Belegschaften,
- bei Unternehmensnachfolge in Zusammenarbeit mit den Kammern
- Bei Anschubfinanzierungen als nicht rückzahlungspflichtige Subventionen, z.B. als soziale Wirtschaftsbetriebe (Wiedereinführung in NRW und Ausbau)

Mehr Beteiligungsmöglichkeiten u. Empowerment

z.B. über Planungen von u. mit den BürgerInnen, emanzipatorische soziale Arbeit

Steuerliche Begünstigung bei Gemeinnützigkeit bzw. Sozialgenossenschaften

Sonderkredite und Schenkungen durch Banken und Sparkassen in öffentlichem Eigentum – nach dem Vorbild der GLS-Bank-

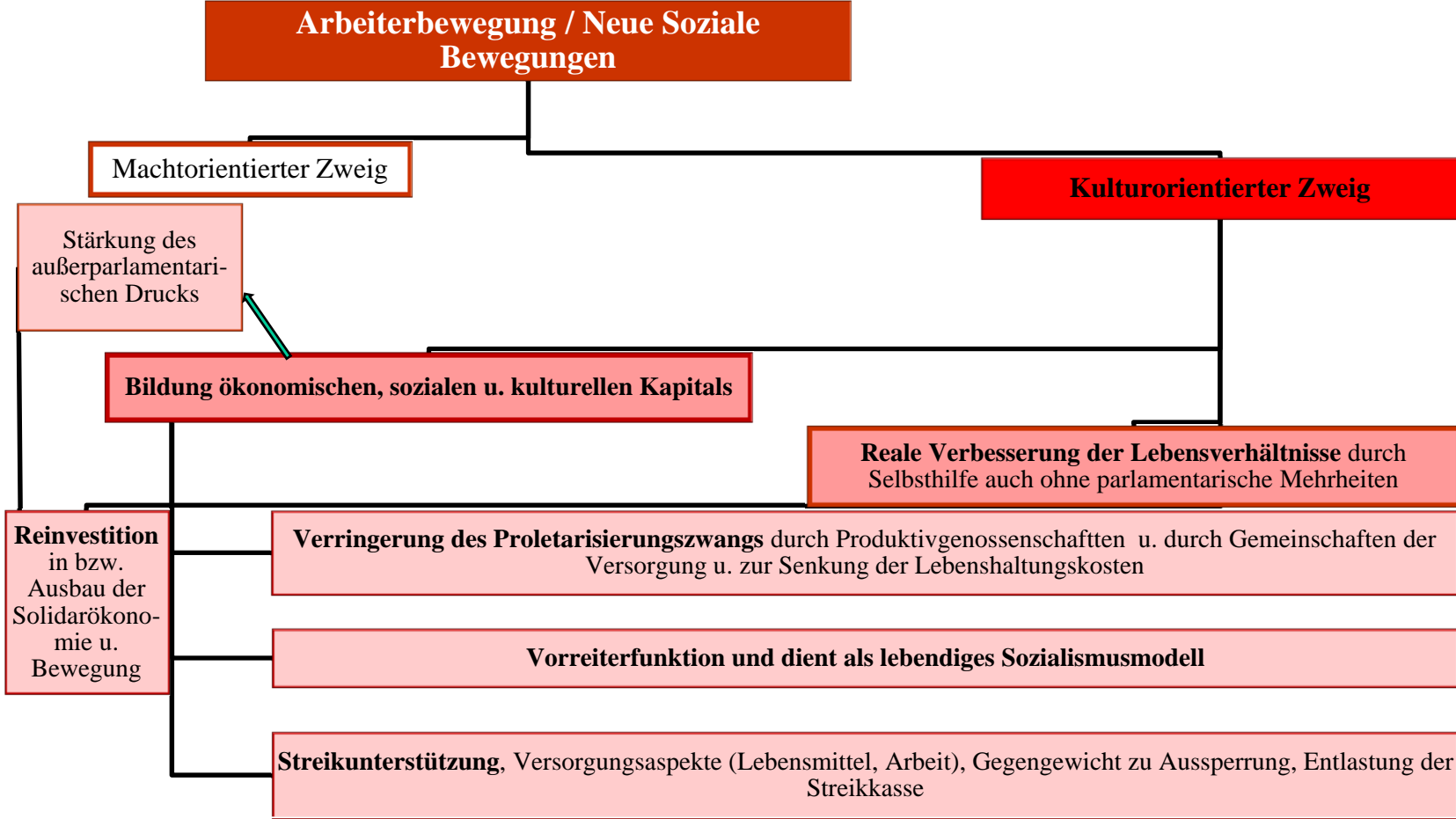
Vorkaufsrecht der Beschäftigten bzw. der öffentlichen Hand im Insolvenzrecht verankern

Beschlagnahmung der Betriebsstätten u. Produktionsmittel als Erhaltungsmaßnahme bei Betriebsschließung u. – verlagerung, Übergabe an Beschäftigte, Gewerkschaft oder Genossenschaft

Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit u. Ausbau sozialer Wohnungsbauförderung für öffentlichen, genossenschaftlichen bzw. kooperativen Wohnungsbau mit sozialer Dauerbindung

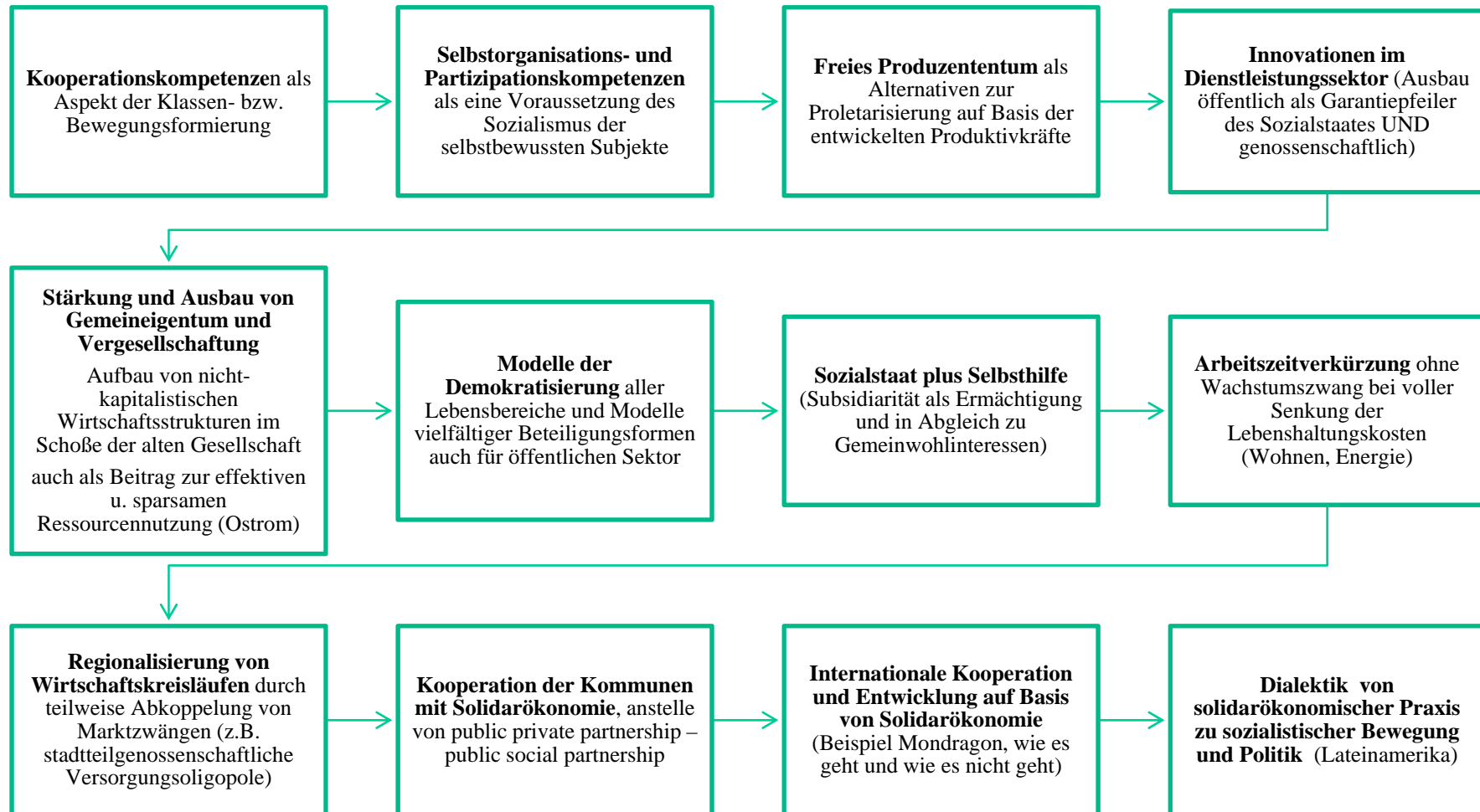


Solidarökonomie als Bewegungsfaktor





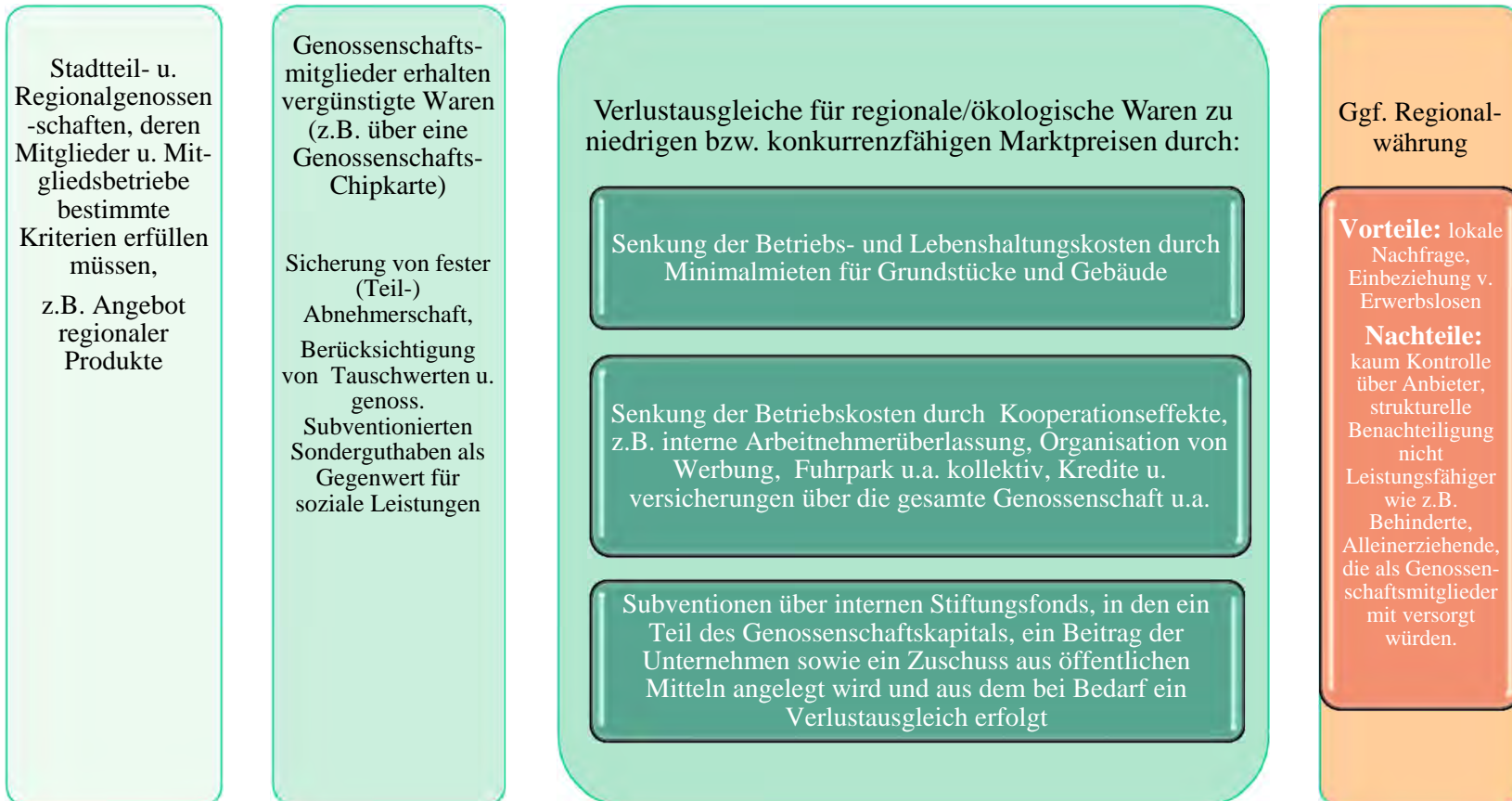
Erkenntnisse u. Perspektiven der Solidarökonomie für emanzipatorische Politik





Beispiel: Regionalisierte Wirtschaftskreisläufe von unten

Hauptproblem: die Konkurrenz mit Billiganbietern, mit denen regionale bzw. ökologische Produkte preislich meist nicht mithalten können, dieses Problem kann minimiert werden durch folgende Maßnahmenkombination:



Auf dieser Basis lässt sich eine Zusammenführung von Wohnen und Arbeiten denken. In Kombination mit dezentraler demokratisierter Stadtentwicklung, öffentlich subventioniertem Güter-Nahverkehr, regionalen Öko-Entwicklungsfonds etc. kann eine Reduzierung von Mobilitätswängen und auch des Individualverkehrs erfolgen.